Sonnabend, 4. März 1922. **Einzelnummer 15 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 51.**

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.— M
Reklameteil 120.— M
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M
im Reklameteil 10.— M
in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Pressefreiheit.

In Allenstein, also in Deutschland, und zwar in Preußen, erscheint eine polnische Zeitung, die „Gazeta Olsztyńska", die im Laufe jedes Monats etwa ein Dutzend Aufsätze bringt, in denen die deutsche Regierung oder das deutsche Volk oder beide in der gröblichsten Weise beschimpft werden. Ein Beispiel dafür: In der Nummer der „Gazeta Olsztyńska" vom 3. Februar ist zu lesen:

„Der Mehrzahl der Deutschen fällt es schwer, fremde Gedanken und Ideale zu verstehen, und daraus folgt gleich eine gewisse Rücksichtslosigkeit. Sehr bezeichnend ist, daß die Deutschen weniger höflich und freundlich sind als ihre Nachbarvölker. Alle Eigenschaften eines Deutschen sind zur Karikatur geworden in dem typischen Preußen, wo sich zu allem noch eine erbärmliche, materialistische, spießbürgerliche Auffassung des Lebens gesellt. In den Adern des preußischen Beamten fließt nicht Blut, sondern Tinte . . . Kein Gesetz, weder ein menschliches, noch ein göttliches, ist für die preußische Regierung verbindlich . . . Gott hat das Unrecht an den Räuberstaaten gerächt. Wer wird nicht anerkennen, daß dies ein Fingerzeig der Vorsehung ist? Auf den Trümmern der Knechtschaft errichtet Polen ein Heiligtum der Freiheit . . . Für die Preußen alten Schlages müßte man ein mitleidiges Lächeln haben, wenn sie nicht eine Gefahr für die Welt wären."

In Posen ist vor kurzem ein deutscher Redakteur zu 100 000 (hunderttausend) Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er aus einer polnischen Zeitschrift einen Aufsatz abdruckte, in dem zwar nicht der polnische Staat und auch nicht das polnische Volk, aber ein einzelner Minister wegen eines von ihm ausgearbeiteten Gesetzentwurfes angegriffen wurde. Begründung: polenfeindliche Gesinnung.

Man vergleiche die Polenfeindlichkeit des verurteilten deutschen Redakteurs in Posen mit der grenzenlosen und mit brutalster Offenheit zu Tage tretenden Deutschfeindlichkeit und Preußenfeindlichkeit des polnischen Redakteurs in Allenstein, der, soviel wir wissen, weder angeklagt noch verurteilt wurde.

Wilna und Warschau.

Warschau, 2. März. Auf der gestrigen Sitzung des Ältesten-Ausschusses forderte Abg. Rataj vom Marschall, daß er das, was er ihm und Witos erklärt habe, bestätigen solle, daß er nämlich in der Unterredung mit dem Ministerpräsidenten nicht als Vorsitzender des Sejms, sondern als Abgeordneter aufgetreten sei. Der Marschall stellte fest, daß er in der Unterredung keinen Grund zu der Annahme gegeben habe, er spreche im Namen des Sejms. Die Abgeordneten Dubanowicz und Łutosławski bemerkten, daß die Vorwürfe der Volksparteiler begründet wären, aber in bezug auf den Staatspräsidenten. In der Debatte über die Wilnaer Frage drückte man darüber sein Erstaunen aus, daß die Regierung bisher in dieser Richtung ihre Stellung noch nicht klargelegt hätte. Es wurde gefordert, daß sie ihre Haltung auf der Abendsitzung des Ausschusses für Auslandsangelegenheiten darlegen solle. Die Einzelheiten der Aufnahme der Wilnaer Abordnung werden heute besprochen werden. Der Sejm hat im Zusammenhang mit der Wilnaer Frage drei Sachen zu erledigen: 1. Die Kenntnisnahme des Beschlusses des Wilnaer Sejms (wird von dem Auslandsausschuß bearbeitet), 2. Beschluß eines Gesetzes über Aufnahme der Abordnung des Wilnaer Sejms in den Warschauer Sejm; 3. ein Gesetz über die Wilnaer Wojewodschaft (der Nationale Volksverband hat gleich nach Beschluß des Wilnaer Sejms einen entsprechenden Entwurf eingebracht.)

Gestern mittag hielt der Ministerrat eine außerordentliche Sitzung ab und zwar zwecks Prüfung des Entwurfs des politischen Ausschusses in der Wilnaer Frage. Dieser Entwurf wurde dann auf der Sitzung des Auslandsausschusses durchberaten. Auf dieser Sitzung waren anwesend: Ministerpräsident Ponikowski sowie Sejmmarschall Trąmpczyński. Minister Skirmunt legte einen Entwurf über den Angliederungsakt des Wilnaer Gebietes an Polen vor, welcher folgende vier Punkte umfaßt:

Aus Oberschlesien.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Gleiwitz.

Gleiwitz, 1. März. (Telunion.) Die Interalliierte Kommission macht bekannt, daß auf Antrag des Kommandierenden Generals die Interalliierte Regierungskommission beschloß, den Belagerungszustand in Gleiwitz unter Weiterführung der schwebenden gerichtlichen Untersuchungen aufzuheben.

Knebelung der Presse.

Breslau, 1. März. Der Verband der schlesischen Presse teilt mit: Wie aus Gleiwitz gemeldet wird, ist dort der Chefredakteur Julius Fritsche verhaftet worden. Da es sich nach den bisherigen Feststellungen nur um ein Mittel der Franzosen handeln kann, die ihnen unbequemen schriftstellerischen Arbeiten des Verhafteten zu verhindern, muß aufs schärfste gegen diesen Übergriff Protest erhoben werden. Der Verband der schlesischen Presse hat ein Beschwerdetelegramm an die Interalliierte Kommission in Oppeln abgesandt, um die sofortige Aufhebung der Verhaftung herbeizuführen.

Neue Schwierigkeiten in den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Paris, 2. März (Telunion) Der Temps meldet von neuen Schwierigkeiten bei den deutsch-polnischen Verhandlungen, die namentlich bei Behandlung der Frage der Liquidation deutschen Eigentums in Oberschlesien sowie in der Kommission für den Schutz der Minderheiten entstanden wären.

Politische Tagesneuigkeiten.

Ein Vertrauensvotum für die portugiesische Regierung. Die Lage in Portugal scheint endgültig wiederhergestellt zu sein. Die Regierung hat in der Kammer ein Vertrauensvotum erhalten. Die Regierungserklärung wird im Senat behandelt werden.

Genua unter dem Vorsitz Italiens.

Paris, (Telunion) Wie aus Rom gemeldet wird, wird Tittoni, der Präsident des italienischen Senats, den Vorsitz der Konferenz von Genua führen.

Baltenstaaten und Genua.

Warschau, 2. März (Telunion) Der lettische Ministerpräsident Mayerowicz äußerte Pressevertretern gegenüber, daß die Randstaaten in Genua konform mit der Kleinen Entente gehen werden, da die beiderseitigen Interessen dieselben sind. Ministerpräsident Mayerowicz gab seinem Bedauern Ausdruck, daß Litauen trotz seiner größten Bemühungen an den Beratungen nicht teil nimmt.

Dr. Wirth über die Konferenz.

Reichskanzler Dr. Wirth hat anläßlich seiner jüngsten Anwesenheit in Karlsruhe einem Vertreter der „Badischen Zentrumskorrespondenz" eine Reihe von Fragen außen- und innenpolitischer Natur beantwortet. Auf die Frage, wie er über die Konferenz von Genua denke, meinte der Reichskanzler, daß es an Anregungen von deutscher Seite auf der Konferenz von Genua nicht fehlen werde. Alle Ministerien seien mit den Vorbereitungen für die Konferenz beschäftigt, die nicht nur über das Schicksal des deutschen Volkes, sondern auch über die europäische, ja über die Weltwirtschaft beraten soll. Wenn man nicht raschestens beginne, betonte der Reichskanzler, die europäische Wirtschaft als Ganzes zum Gegenstand eingehender Beratungen zu machen und danach zu handeln, so stehe man vor dem Untergang des Abendlandes. Europa sei durch und durch wirtschaftlich krank und Diktate, Sanktionen können den europäischen Kontinent nicht seiner Gesundung entgegenführen. Die Katastrophe des Weltkrieges habe die Weltwirtschaft so tief beeinflußt, daß nur Klugheit und Mäßigung auf allen Gebieten die Weltwirtschaft zur Gesundung bringen können.

England u. die Entwaffnung Deutschlands.

Das Reutersche Bureau veröffentlicht eine Notiz über den englischen Standpunkt in der Frage der Entwaffnung Deutschlands. Die Reuternote kommt zu dem Schluß, daß man in englischen Kreisen der Ansicht sei, daß gegenwärtig, dank den den Deutschen abgenommenen Mengen von Waffen und Munition, Deutschland jede Möglichkeit eines Angriffes gegen Frankreich auf Jahre hinaus genommen sei.

Indessen macht die Reuternote darauf aufmerksam, daß die interalliierte Kontrollkommission die Nachforschungen nach verborgenen Waffen fortsetzte. Die deutsche Regierung habe zwar der Entente das gesamte deklarierte Kriegsmaterial abgeliefert, aber die Ententekontrolle werde ihre Arbeit erst einstellen, wenn die Entente überzeugt sei, daß Deutschland vollständig außerstande sei, eine Armee, die für irgendeinen Nachbarstaat eine Gefahr bilden könne, ins Feld zu stellen.

Wiedergutmachung und Garantieabkommen.

Am 17. Februar hatte das „Echo de Paris" eine kurze Notiz unter folgendem Titel veröffentlicht: Die Wiedergutmachungskommission berät über den deutschen Zahlungsplan. Alles ist wieder in Frage gestellt.

Mit Bezug auf diese Notiz sandte nun der Vorsitzende der Wiedergutmachungskommission, Dubois, dem „Echo de Paris" eine Berichtigung, der folgende Ausführungen entnommen seien: Ich muß erklären, daß seit der Konferenz von Cannes die Wiedergutmachungskommission weder offiziöse noch offizielle Diskussionen über das Programm der Zahlungen, die im Jahre 1922 von Deutschland zu verlangen sind, noch über die Aufgabe des Garantiekomitees abgehalten hat. Die Frage, der Recherchen und ernsthaften Studien wird nicht zur Diskussion kommen, solange die Regierungen der Wiedergutmachungskommission nicht mitgeteilt haben, daß sie es ihr überlassen, diese Frage auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu behandeln. Ich habe keine Kenntnis davon, daß irgendeiner meiner Kollegen oder ich selbst bereits eine fertige Meinung über diesen Punkt geäußert haben. Die Fragen des Garantiekomitees haben jedenfalls noch zu keiner Diskussion zwischen uns und unseren englischen Kollegen Veranlassung gegeben, und meine englischen Kollegen haben meines Wissens noch niemals eine Verminderung ihrer Vollmachten verlangt. Über die Aufgaben des Garantiekomitees, führt Dubois aus, beständen gewisse Mißverständnisse, die er wie folgt richtigstellt: Das Garantiekomitee ist am 5. Mai 1921 durch die Wiedergutmachungskommission eingesetzt worden auf Grund der Vollmacht, die ihr im Vertrage von Versailles, Teil 8, Anhang 2, § 7, gegeben wird. Diese Kommission ist weder unabhängig, noch kann sie unabhängig von der Wiedergutmachungskommission vorgehen. Eine solche Unabhängigkeit würde eine Zwiespältigkeit der Aufgaben schaffen, die der Ausführung der Wiedergutmachung hinderlich sein könnten. Das ist meine Meinung und ich würde mich sehr wundern, wenn meine übrigen Kollegen diese nicht teilen wollten.

Stegerwald über den neuen Staat.

Vor einer Versammlung von 3000—4000 Personen, die im wesentlichen aus christlichorganisierten Arbeitern bestand, sprach am Sonntag in Mannheim der frühere Wohlfahrtsminister und Ministerpräsident Stegerwald über den „Deutschen Gewerkschaftsbund in Staat und Wirtschaft". Er teilte mit, daß geplant sei, große Bankunternehmungen durch den Gewerkschaftsbund ins Leben zu rufen, um auf diese Weise sein Programm, das „Kapital zu erobern", zu verwirklichen. Stegerwald wies in einem geschichtlichen Rückblick nach, wie der deutsche Staatsgedanke im Laufe der letzten Jahrhunderte im Verschwinden gewesen sei und wie erst Bismarck durch die Gründung des Deutschen Reichs diesem Auflösungsprozeß ein Ende gemacht habe. Die geographische Lage Deutschlands im Zentrum Europas sei politisch höchst ungünstig, biete aber wirtschaftliche Vorteile, die es auszunutzen gelte. Der Redner lehnte den alten Staat und seine Politik, die sich hauptsächlich auf das Heer und eine dünne Oberschicht des Adels und der Bureaukratie stützte, entschieden ab und stellte die Forderung auf, daß der neue Staat auf das Fundament der breiten Masse aufgebaut werden müsse. Über seine Tätigkeit als Ministerpräsident in Preußen sagt er: Er habe versucht, mit der Gewinnung der Deutschen Volkspartei für die Regierung die Führer des deutschen Wirtschaftslebns vor den Regierungswagen zu spannen und mit diesem Gespann um das Vertrauen des Auslandes zu werben. Die Sozialdemokratie habe ihn in diesem Bestreben hartnäckig bekämpft, so daß die Erweiterung der Regierungskoalition an ihrem Widerstand gescheitert sei. Als er dann abtrat, habe sie selbst unter dem Zwang der Verhältnisse das durchgeführt, woran sie ihn gehindert hatte.

Der Buchdruckerstreik

hat, von Bromberg ausgehend, am Montag nach Graudenz und nun auch nach Posen übergegriffen und das technische Personal ist gestern vormittag in allen Druckereibetrieben Posens in den Ausstand getreten. Die Posener Zeitungen können daher bis auf weiteres nicht regelmäßig und in gewohntem Umfange erscheinen, und wir bitten auch unsere Leser um Nachsicht für die Dauer des Streiks.

Posener Tageblatt.

Die russisch-französische Annäherung.

Der „Ostexpreß" erfährt, daß die Möglichkeit einer russisch-französischen Annäherung konkretere Formen annehme. Im Kreml werde dauernd darüber beraten. Rußland soll Frankreich Konzessionen im Dongebiet und im Kaukasus angeboten, dafür aber das Unterbleiben polnischer und rumänischer Angriffe gefordert haben. Man möchte vermuten, daß das Schicksal aller militärischen Versuche, das Sowjetregime zu stürzen, schon eine ziemlich starke Garantie gegen Angriffe wäre.

Tschitscherin hat nach einer Radiomeldung als Vorbedingung der Entsendung einer Delegation nach Genua nicht nur rechtzeitige Einreiseerlaubnis, sondern auch Garantien für die Sicherheit der Delegierten unterwegs wie in Genua und die Unantastbarkeit ihres Gepäcks, Briefverkehrs und ihrer Bedienung gefordert.

Amerika und die anderen.

Der amerikanische Botschafter in Paris sagte bei einem Festessen aus Anlaß der 190. Jahresfeier der Gründung Washingtons, daß auf Amerika eine große Verantwortung liege, weil es der größte kapitalistische Staat der Welt sei. Die wirtschaftliche Absperrung Amerikas durch eine chinesische Mauer von der übrigen Welt ist nicht der Wunsch Amerikas, sondern das Ergebnis der Verhältnisse. Die Mehrzahl der amerikanischen Bürger wünscht keine politischen Bündnisse, aber Amerika wird sich immer mehr der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit andern Staaten auf dem Gebiete des Handels und der Finanzen bewußt.

Schulden der Verbandsstaaten an Amerika.

In Paris traf aus Washington die Nachricht ein, daß Präsident Harding das Gesetz über die Angelegenheiten der Schulden der Verbandsstaaten an Amerika unterzeichnete. Das Gesetz setzt einen Zinsfuß von 4½ v. H. fest. Der Präsident berief zugleich einen Sonderausschuß ein, der sich aus Hughes, Hoover, Mellon, Daugherty und einen Senator der Republik zusammensetzt, dessen Aufgabe es sein wird, das genannte Gesetz vorzubereiten. Hauptaufgabe des Ausschusses wird es sein, Informationen über die Zahlungsfähigkeit jedes einzelnen Staates einzuziehen. In Verbindung mit diesem Gesetz trafen schon zwei hervorragende Persönlichkeiten der englischen Bank in den Vereinigten Staaten ein, die mit den amerikanischen Großbanken und der Regierung in Washington Verhandlungen führen.

Sowjetrußland.

Trotzki gegen die Abrüstung.

Berlin, 2. März. Aus Moskau wird berichtet: Trotzki hielt im Kriegsrat eine Rede, in der er gegen die Forderung des Auslandes auftrat, die rote Armee zu demobilisieren. Trotzki bemerkte, daß das Ausland die Furchtbarkeit der Hungerkatastrophe ausnutzen wolle, um aus Rußland einen Sklaven in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu machen und die Arbeiterherrschaft in Rußland zu stürzen. Dieses genügt, um jeden Gedanken einer freiwilligen Abrüstung Rußlands abzulehnen. Der Antrag Trotzkis, 15 Millionen Goldrubel zum Ankauf von Waffen zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen.

Die Unabhängigkeit Aegyptens.

Kairo, 1. März. „Havas" berichtet: Hier wurde ein Erlaß des Hohen Kommissars von Ägypten Lord Allenby veröffentlicht, der die Aufhebung des Protektorates Großbritanniens über Ägypten proklamiert und aus Ägypten einen unabhängigen und souveränen Staat macht. Außerdem wird ein vorläufiger status quo zum Schutze des Landes, der Sicherung des Verkehrs mit England, des Fremdenschutzes und der Aufrechterhaltung der Ordnung im Sudan wieder hergestellt.

Deutsches Reich.

** **Der Ersatz des Einjährigen.** Im Hauptausschuß des Reichstages wurde heute bei der Besprechung des Haushalts des Reichswehrministeriums das Problem der Gestaltung des bürgerlichen Unterrichts im Heere beraten. Reichswehrminister Geßler bezeichnete es als Aufgabe der heutigen Besprechung, sich darüber klar zu werden, ob man bei der bisherigen Anschauung, eine höhere Lehranstalt mit Einjährig-Freiwilligen-Berechtigung zu schaffen, beharren, oder ob man den vom Abg. Weiß (Dem.) empfohlenen Weg, eine Prüfungsschule mit wirtschaftlichem Charakter zu errichten, betreten wolle. Er sei für das letztere. Die Abgeordneten, die zum Wort kamen, stellten sich im wesentlichen auf den Boden der Vorschläge des Abg. Weiß. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Neues vom Tage.

Der Oderdamm bei Breslau, wurde in der Nacht zum 1. März in der Breite von sechs Metern durch Eismassen gebrochen. Die Einbruchsstelle erweiterte sich später auf zwanzig Meter. Die Dörfer Tretschen, Kottwitz, und Neuhaus sind von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Ein großer Teil der Kähne wurde weggeschwemmt. Die Bewohner hausen auf Dächern und sind zum Teil nach dem landeinwärts gelegenen Dorf Kottwitz übergesiedelt. Zahlreiches Vieh ist in den Fluten umgekommen., Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Schaden ist erheblich zumal die Häuser sämtlich verschlammt sind.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 3. März.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung wurde durch den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Wybieralski um 6½ Uhr eröffnet und geleitet.

Zunächst erteilte er dem Stadtv. Budzyński das Wort zu der Anfrage an den Magistrat, wie sich der Vorstand des Städtebundes zu den Satzungen der Städteordnung stelle.

Bürgermeister Dr. Kiedacz erklärte, daß diese Satzungen mit einigen Abänderungen dem Sejm vorgelegt werden sollen und bat, daß der Ausschuß eine Abschrift des Entwurfes an die Stadtverordnetenversammlung einreiche.

Darauf brachte Stadtverordneter Budzyński eine Interpellation ein über die in der Stadtverbreiteten Gerüchte von Mißständen im Wohnungsamt und im Mietseinigungsamt; diese Vorwürfe sprechen von Bestechungsgeldern, die angeblich den dortigen Beamten gezahlt werden. Er persönlich sei überzeugt von der Berechtigung der Zweifel an der Unbestechlichkeit der Beamten des Wohnungsamts und sei bereit, vor Gericht den Wahrheitsbeweis für die von ihm erhobenen Beschuldigungen zu führen. Falls der Magistrat die Richtigkeit dieser Vorwürfe nicht anerkennt, solle er Klage gegen ihre Urheber stellen.

Ein anderer Stadtverordneter sprach sich ungefähr in demselben Sinne aus und erklärte, der große Zudrang von Juden nach Posen und die Tatsache, daß sie alle ein Unterkommen fänden, wäre nicht denkbar, wenn nicht eben Leute, die Geld in den Händen hätten, eher Wohnungen erhielten, als Leute, die nicht imstande wären, sich die Beamten des Wohnungsamts auf besondere Weise gefällig zu machen.

Stadtv. Budzyński erklärte in einer Ergänzung seiner ersten Ausführungen, daß er auch die Beamten der Wojewodschaft von einer Mitschuld an diesen Zuständen nicht freisprechen könne, zwar nicht in dem Sinne, daß auch sie der łapówka zugänglich wären, aber insofern, als sie aus „Courtoisie“, und um persönlichen Bekannten gefällig zu sein, ihren Einfluß einsetzten, um solchen Bevorzugten Wohnungen zu verschaffen und andere Wohnungssuchende dadurch zu benachteiligen. Er schlägt die Wahl eines besonderen Ausschusses zur Prüfung der Verhältnisse vor.

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Wybieralski rügt die Schärfe der Form, in der die Angriffe auf die Beamten des Wohnungsamts und der Wojewodschaft vorgebracht wurden, und macht den Stadtv. Budzyński auf die zu erwartenden Folgen seines Vorgehens aufmerksam.

Bürgermeister Dr. Kiedacz spricht sich ungefähr in demselben Sinne aus und nimmt die Beamtenschaft gegen die nach seiner Ansicht über das Ziel hinausschießenden und Einzelfälle verallgemeinernden Angriffe des Stadtv. Budzyński in Schutz. Den Zusammentritt des vom Stadtv. Budzyński vorgeschlagenen Ausschusses hält er im Interesse der völligen Klärung der Verhältnisse für erwünscht.

Der Antrag auf Wahl des Ausschusses wird angenommen; in den Ausschuß werden 6 Stadtverordnete gewählt.

Stadtv. Andrzejewski verliest eine Erklärung seiner Fraktion (Berufsarbeiterverband), in der sich diese gegen die in der vorigen Sitzung vom Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski getroffenen Entscheidung richtet (Unzulässigkeit der Bezeichnung „Kommunist“ für Mitglieder des Berufsarbeiterverbandes). Der Stadtverordnete bemerkt, daß die Angelegenheit von der Presse unberechtigterweise aufgebauscht worden sei.

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Wybieralski erklärt, die Ausführungen des Vorredners gäben keinen Anlaß, die Entscheidung des Stadtverordnetenvorstehers Dr. von Mieczkowski für unberechtigt zu halten und von ihnen abzugehen. Die Mitglieder des Berufsarbeiterverbandes seien selbst schuld, wenn Unklarheit darüber herrsche, was sie eigentlich sind: bald wehren sie sich gegen die Bezeichnung „Kommunist“, bald bekennen sie sich selbst zu kommunistischen Grundsätzen. Wenn Sie (zu der Fraktion gewendet) Abrechnung mit der Presse zu machen haben, so bitte ich, dieses außerhalb der Sitzung mit der Presse selbst abzumachen. (Zuruf: Bravo!)

Darauf trat man in die Beratung der Tagesordnung ein. Zunächst wurden Wahlen von Mitgliedern des Anleiheausschusses, des Servisausschusses, des Kuratoriums der Handelsschule, eines Armendeputierten und eines Vertreters für den Schiedsrichter des 16. Bezirks nach den Anträgen des Berichterstatters des Wahlausschusses vollzogen.

Alsdann brachte Stadtv. Ciszak eine Interpellation über die angebliche Ausführung von privaten Arbeiten in städtischen Werkstätten ein.

Bürgermeister Dr. Kiedacz trat diesen Gerüchten entgegen und versuchte sie zu entkräften.

Stadtv. Ciszak: Nach den Erklärungen des Vizepräsidenten müßte man annehmen, daß alles in Ordnung sei; dem ist jedoch nicht so.

Nach der Wahl von drei unbesoldeten Magistratsmitgliedern wurden die Bezüge für den Stadtpräsidenten und die Repräsentantengelder für den Vizepräsidenten in der Weise festgesetzt, daß die Bezüge um 100 v. H. erhöht werden; außerdem wird dem Präsidenten eine Wohnung von 8—10 Zimmern zur Verfügung gestellt.

Die Bewilligung einer Ortszulage für die Rektoren und Lehrer der Mittelschulen entfesselte eine längere Aussprache; gefordert wurde, daß ein Unterschied zwischen geprüften und nichtgeprüften Lehrern gemacht werde.

Stadtv. Dr. Stark ist gegen die Bestimmung, daß die Zulage nur mit Genehmigung des Magistrats erfolgen solle.

Stadtrat Kultys stellt fest, daß diese Bestimmung nicht gegen die Lehrer gerichtet sei.

Stadtv. Koscielski bemerkt, daß man Personen angestellt habe, die keine richtige Prüfung abgelegt hätten, sondern nur die Unterrichtsfähigkeit eines Lehrers besitzen. Da diese Zulage von 20 v. H. eine nur vorübergehende sei, so könne der Unterschied fortfallen, und es könnten gleiche Bezüge gezahlt werden.

Nachdem noch ein Betrag zum Ankauf von Wäsche für das Stadtkrankenhaus bewilligt und ein Antrag des polnischen Nationalinstituts in Wąbrzeżno zum Beitritt der Stadt als Mitglied angenommen war, wurde die Sitzung um 8½ Uhr geschlossen. △

Doppelraubmord.

Gestern, Donnerstag, nachmittag zwischen 3—5 Uhr wurde in Pokrzywno bei Kreising im Kreise Posen-Ost ein Doppel-Raubmord verübt, indem die Mitte der 40er Jahre stehende Ehefrau des Ansiedlers Schaberk und dessen 13jährige Nichte, die Tochter seiner Schwester, durch Axthiebe getötet wurden. Die Ehefrau wurde im Keller beim Kartoffelauslesen, das Mädchen in der Hausflurwohnung ermordet. Geraubt wurden über 150 000 Mark in polnischem und etliche Mark in deutschem Gelde, die Schaberk im Bett aufbewahrt hatte. Unter dem dringenden Verdacht, das furchtbare Verbrechen verübt zu haben, wurde in der vergangenen Nacht ein Nachbar des Schaberk, ein Ansiedler, verhaftet, der in der vergangenen Nacht nach Deutschland abwandern wollte. Er soll sich besonders dadurch verdächtig gemacht haben, daß er sich in Widersprüche über die Herkunft des Geldes verwickelte, mit dem er gestern Abend noch erhebliche Schulden beglichen hat, ohne bisher im Besitz großer Geldsummen gewesen zu sein. Außerdem wurden an ihm Blutspuren festgestellt.

* **Bromberg**, 1. März. Am Sonnabend wurde der frühere Bromberger Superintendent D. Saran, der am Mittwoch hochbetagt im Alter von 85 Jahren gestorben war, zur letzten Ruhe bestattet. Er hat über 30 Jahre die Ephorie Bromberg verwaltet, und unter seiner Leitung gelangte das kirchliche Leben der evangelischen Gemeinden zur besten Entfaltung und Blüte, und zwar auch äußerlich, indem in Bromberg selbst und in seiner unmittelbaren Umgebung zahlreiche Kirchenbauten erstanden. Er war ein strenger Vorgesetzter und hielt in seinem Bereiche auf strenge Zucht und Ordnung, gleichwohl gingen seine Untergebenen für ihn durchs Feuer. Er war ein Mann voll Klugheit und Geist und ein fesselnder Kanzelredner. Für Musik und Gesang begeistert, hat er durch Schaffung von Kirchenchören unter seiner Leitung für die Entwicklung des kirchlichen Chorgesanges außerordentliches geleistet. Er lebte seit 1909 im Ruhestande. Sein Abschiedsfest, anläßlich dessen ihm der Rote Adlerorden 2. Klasse verliehen wurde, gestaltete sich zu einer großen Ovation für ihn. Er hat als Geistlicher, zuletzt als Divisionspfarrer, zwei Feldzüge mitgemacht und besitzt auch das Eiserne Kreuz. Vor seiner Berufung nach Bromberg wirkte er als Seelsorger in der Mark Brandenburg. Von 1905—1911 diente er der Posener Kirche als Präses der Provinzialsynode.

Berliner Börse vom 2. März: Polnische Mark 5.82½; engl. Pfund 1061,50; Dolar 239,75; Franz. Franks 2190.

20. Quittung.

Für die **Wolgadeutschenhilfe** gingen ferner bei uns ein

M. R., Sokolniki	3 000.—	M
O. R., „	2 000.—	„
O. P., „	2 000.—	„
B. E., „	2 000.—	„
A. K., „	1 000.—	„
Ungenannt	1 000.—	„
A. R.,	1 000.—	„
Göring, Porembie	5 000.—	„
Schülersammlung in Rostarzewo	3 150.—	„
Sammlung in der Kirchengemeinde Althütte, Kreis Czarnikau	100 000.—	„
Deutsches Generalkonsulat (Optionsabteilung),	5 125.—	„
Bauernverein Zabno	8 420.—	„
	133 695.—	M.
Betrag der 1.—19. Quittung	2 229 855.—	„
Zusammen	2 363 550.—	M.

Spenden von auswärts können auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 in Poznań eingezahlt werden, wobei keinerlei Portokosten entstehen.

Posener Tageblatt

19. Empfangsbescheinigung.

Von der Sammelstelle des „Posener Tageblattes“ heute als neunzehnte Ablieferung den Betrag von 98786 Mark in Worten: Achtundneunzigtausendsiebenhundertundsechsundachtzig Mark bar für die Wolgadeutschenhilfe erhalten zu haben, bescheinigt hiermit mit herzlichem Dank,

Poznan, den 2. März 1922.
Aleje Marcinkowskiego 26

(gez.) Landesverband für Innere Mission in Polen.

Wer hilft weiter!

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal: für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer: Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. sämtlich in Poznan

Gestern, den 27. Februar, entschlief nach kurzer Krankheit meine innigstgeliebte Gattin, die treusorgende Mutter meiner Kinder und liebe Tochter

Frau Oberinspektor
Marie Margarethe Schulz
geb. Kluetzke

im 32. Lebensjahre.

Dies zeigt, um stille Teilnahme bittend hiermit tiefbetrübt an.

im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Franz Schulz.

Linde (Linie), b. Lwówek, d. 28. Febr. 1922.

Die Beerdigungsfeier findet am Freitag, den 3. März nachm. 3 Uhr, von der evangl. Kirche in Pinne (Pniewy) aus, statt.